

Arabiens Facebook-Jugend verjagt die Greise

Volker Perthes

Die Regime in vielen arabischen Ländern sind nicht auf die Proteste der jungen Generation vorbereitet. Ihre Repression zielte auf Oppositionelle und Parteien. Die gut ausgebildeten, aber chancenlosen Kinder der Mittelschicht hatten sie nicht im Blick.

Volker Perthes Berlin Die Revolution in Tunesien und der Aufstand in Ägypten sind das Werk einer neuen politischen Generation. Sie zerstört die Machtgleichungen, auf die sich viele der Regime in der arabischen Welt verlassen haben. Vieles spricht dafür, dass die "2011er" für die arabischen Länder das werden, was die 68er für Europa und Amerika waren. Sie veränderten die Gesellschaft und die politische Kultur grundlegend, auch wenn sie sich nicht überall unmittelbar durchsetzten. Diese Generation korrigiert unser Bild von den politischen Verhältnissen in diesen Ländern - eines, das die Potentaten selbst gezeichnet hatten.

Natürlich haben viele der informierten Beobachter auf den bevorstehenden politischen Umbruch in Tunesien, Ägypten und einigen anderen arabischen Staaten hingewiesen - allerdings zu Anfang des Jahrhunderts, nicht in den vergangenen Monaten. Nach dem Irak-Krieg war der westliche Demokratieexport diskreditiert. Die Herrscher in der arabischen Welt erklärten, dass sie ihrer eigenen Reformagenda folgen würden, und wiesen jedes Ansinnen auf tiefergehende politische Veränderungen zurück.

Der Westen insgesamt, nicht nur die USA, teilten die regionalen Akteure in "Moderate" und "Radikale" ein. Als moderat galt, wer den nahöstlichen Friedensprozess unterstützte und sich wachsendem iranischem Einfluss widersetzte. Über den Umgang der einzelnen Regime mit Menschenrechten, politischen Freiheiten und Dissens sagte dies wenig aus. Westliche Politiker fürchteten die Alternativen zu den existierenden Regimen und glaubten letztlich den Mubaraks oder Ben Alis, dass man nur die Wahl zwischen ihnen oder ihren islamistischen Gegnern hätte.

Unsere Politiker haben genau wie die regionalen Herrscher die Unzufriedenheit vor allem der Jugend unterschätzt. Etwa 60 Prozent der Bevölkerung der arabischen Länder sind unter 30, die stärkste Altersgruppe sind die heute 20- bis 29-Jährigen, die allein etwa 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Diese Generation der Schul- und Hochschulabgänger hat von besserer Bildung profitiert, aber viel weniger Chancen auf wirtschaftliche und politische Teilhabe als ihre Vorgängergenerationen. Und sie ist anders sozialisiert. Die nahöstlichen Kriege des letzten Jahrhunderts, über die sich ein Herrscher wie Mubarak noch heute zu legitimieren versucht, bedeuten

ihnen nicht viel. Sie sind eine unideologische, globalisierte Generation, gut vernetzt, existierenden Parteien und "Ismen" gegenüber skeptisch.

Die Regierungen sind auf den Protest der Jugend nicht vorbereitet. Sie haben sich konzentriert auf Oppositionspolitiker, die man einsperren, und Parteien, die man verbieten konnte. Nur: Sie können Wahlen manipulieren und Oppositionspolitiker aus dem Verkehr ziehen, aber nicht die Demografie außer Kraft setzen. Vielleicht noch erstaunlicher ist, dass der Angstgegner des tunesischen wie des ägyptischen Regimes, die Islamisten, schlicht nicht da war, als der Protest begann. Gruppierungen wie die ägyptischen Muslimbrüder oder die weniger gut organisierten tunesischen Islamisten haben bei der Generation, die die Proteste führt, wenig Glaubwürdigkeit. Sie gehören generationsmäßig eher auf die Seite des Regimes. Ihre ideologischen Angebote antworten nicht auf die Fragen der jungen Generation, und die Praxis islamistischer Regierungen, die sich im Gazastreifen oder in Iran beobachten lässt, ist eher abschreckend.

Sicher, die Muslimbruderschaft dürfte bislang die stärkste organisierte politische Oppositionskraft in Ägypten sein. Liberalere oder linke Gruppen hatten nie eine echte Chance, sich zu organisieren. Sicher gibt es in Tunesien und in Ägypten ein frommes, konservatives Spektrum, das einer Partei nach dem Muster der türkischen AKP bedeutende Stimmenanteile sichern könnte. Wie stark diese Gruppen aber wirklich sind, wird sich erst zeigen, wenn Parteigründungen erlaubt und auch säkulare Alternativen verfügbar sind.

Angesichts der Entwicklungsunterschiede in den einzelnen Staaten wird es keinen unmittelbaren Domino-Effekt geben. In Ägypten könnte das Militär eine sanfte Landung auf den Weg bringen, also eine verfassungsgebende Versammlung einsetzen oder die für den Herbst des Jahres ohnehin angesetzten Präsidentschaftswahlen für einen echten Neubeginn nutzen. In Tunesien werden die Chancen der jungen Demokratie, sich zu konsolidieren, zunehmen, wenn Europa großzügige und rasche Hilfe leistet, denn die unmittelbaren Nachbarn werden kaum hilfreich sein. Der Umsturz in Ägypten und Tunesien dürfte allerdings die Regierungen in Jordanien, Marokko und in Algerien bewegen, politische Reformen voranzutreiben. Die Regime in Khartum und Sanaa könnten durch eine Mischung aus zivilem Protest und bewaffneten Aufständen gestürzt werden; die Alternativen wären allerdings kaum demokratisch.

Die palästinensischen Gebiete und der Libanon verfügen über demokratische Verfassungen. Hier wie auch in Syrien gilt allerdings, dass die Innenpolitik die Geisel des Nahostkonflikts bleiben wird, bis ein fairer Frieden erreicht ist. Die Entstehung eines palästinensischen Staates würde der durchaus mächtigen "Widerstandsideologie", auf die sich die Regierung in Damaskus, die Hamas und auch die Hisbollah stützen, den Boden entziehen.

Saudi-Arabien und die Emirate haben gewissermaßen den Vorteil, dass sie ihren Bürgern nie so etwas wie Demokratie versprochen haben. Doch auch sie werden zeigen müssen, dass sie ihre Regierungsführung verbessern, zumal die traditionellen Grundlagen einer Rentiersökonomie allmählich schwinden.

Europa und die USA müssen in der Region engagiert bleiben, auch wenn sie bei den Gesellschaften an Glaubwürdigkeit verloren haben. Es ist wichtig, dass sie dem neuen Tunesien echte Unterstützung anbieten, etwa durch die Öffnung der Märkte auch für tunesische Agrarprodukte oder Hilfe bei der Vorbereitung von Wahlen sowie bei der Justiz- und Polizeireform. Vor allem aber gilt die Mahnung, die der neue tunesische Zentralbankchef auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos an seine westlichen

Gesprächspartner richtete: "Do no harm!" Wenn europäische oder amerikanische Ratingagenturen jetzt Tunesiens Kreditwürdigkeit schlechter bewerten als vor dem Umsturz, dann zeigen sie nicht nur ein sehr begrenztes Verständnis. Sie werden vielmehr nicht nur in Tunesien den Eindruck verfestigen, dass westliche private und staatliche Akteure Repression mit Stabilität verwechseln.

Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten konnten die meisten als Beispiel für das gelten, was man euphemistisch schlechte Regierungsführung nennt: einen eklatanten Mangel an Rechtsstaatlichkeit, Missachtung der Menschenrechte, ein horrendes Maß an Korruption, zunehmende Einkommensdisparitäten. Die junge Generation hat keine Chancen, ist von besonders hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Möglichkeiten zur politischen Beteiligung gibt es nicht.

In der gesamten Region läuft jedoch eine lebhafte Debatte über Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit. Den gemeinsamen Nenner dabei bildete die Forderung, dass die Staaten und ihre Organe beginnen sollten, die Bürger anständig zu behandeln. Neue soziale Medien wie Facebook und Twitter erlauben eine neue Form staatsunabhängiger und kaum kontrollierbarer Netzworlbildung. Viele haben bei den Protesten gegen die Wiederwahl des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gesehen, wie wichtig diese Medien für die politische Mobilisierung sind. In Ägypten oder Tunesien, wo niemand ehrliche Präsidentschaftswahlen erwartete, ging es auf Blogs vielfach um soziale Themen und die grundlegenden Bürger- und Menschenrechte. Aber auch die Verkrustung, ja Versteinigung der politischen Verhältnisse, die sich in Ägypten und Tunesien besonders deutlich zeigten, wurden zum Thema.

Es erstaunt nicht, dass der politische Umbruch der arabischen Welt in Tunesien begonnen hat. Hier war der Abstand zwischen der sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklung auf der einen und der politischen Verfasstheit des Landes auf der anderen Seite am größten. In Tunesien hat sich eine Mittelschichtsgesellschaft entwickelt. Die nachwachsende Generation ist gut ausgebildet, Tunesien gehört mit Syrien, den palästinensischen Gebieten und den Monarchien am Golf zu den arabischen Staaten mit dem höchsten Bildungsniveau. Politisch war Tunesien unter Ben Ali aber eines der repressivsten Regime, die Führung war schamlos korrupt und versprach der Jugend nur wenige Perspektiven. Hier war ein Land auf dem Entwicklungsstand der südeuropäischen Länder in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts mit politischen Verhältnissen wie unter Diktator Salazar oder der griechischen Junta.

Die Ereignisse nach der Flucht Ben Alis zeigen, dass Tunesien tatsächlich reif für die Demokratie ist: Die staatlichen Institutionen arbeiten weiter. Zwischen Armee, Bürokratie und jenen Oppositionellen, die jetzt Regierungsämter übernommen haben, herrscht Konsens, dass die Transformation in geordneten Bahnen stattfinden soll. Die Revolution in Tunesien hat die Bürger auch anderer arabischer Staaten inspiriert. Sie hat vor allem dazu beigetragen, dass die "Mauer der Angst", von der man in vielen arabischen Ländern spricht, durchbrochen wurde.

Ägypten schien zunächst dem tunesischen Beispiel zu folgen: Bürger aus der Mittelschicht schlossen sich einem von kleinen, eher studentisch geprägten Gruppen organisierten Protest an, der über soziale Netzwerke mobilisiert wurde. Dazu kamen die Armen, die dem Ganzen den Charakter einer Volksrevolte gaben. Auch Mubarak ließ die Polizei auf die Demonstranten los, und wie in Tunesien ist das Militär populär. Doch anders als dort ist es das Rückgrat des Staats. Die faktische Machtübernahme des Militärs verhinderte hier erst einmal den Regimewechsel. Doch hat Hosni Mubarak, selbst wenn er noch ausharren sollte, die Macht verloren.

Für viele der anderen arabischen Herrscher sind die Ereignisse in Tunesien und Ägypten mehr als nur Warnsignale. Sie haben mit niedrigeren Lebensmittelpreisen, Job-Versprechen und Gesprächen mit der Opposition reagiert. Die Unterschiede in den gesellschaftlichen Bedingungen befördern allerdings auch verschiedene Reaktionen. Syrien und Bahrain, mit einer stark entwickelten Mittelschicht und vergleichsweise gut gebildeter urbaner Bevölkerung, sind viel weniger homogen als Tunesien und Ägypten. Die Furcht, dass ein Sturz der dortigen Regime in einen konfessionellen Bürgerkrieg münden könnte, ist weit verbreitet. Wer immer zukünftig in der arabischen Welt Verantwortung trägt, wird gelernt haben, dass man gegen die Demografie und gegen die stärksten Generationen nicht anregieren kann.

Volker Perthes

Volker Perthes leitet seit Oktober 2005 die SWP, die den Bundestag sowie die Bundesregierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen berät. Er lehrt an der Humboldt- und an der Freien Universität in Berlin. Bis 2005 leitete er die SWP-Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika. Perthes ist einer der besten deutschen Kenner des Nahen und Mittleren Ostens und hat gute Kontakte zu den dortigen Regierungen sowie zu Vertretern der Zivilgesellschaft.